

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

6. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

21. Juni 2022

## Der Markt regelt nichts

In Halle sehen wir die Folgen einer gescheiterten Sozialpolitik auf Landes- und Bundesebene, die wirkungsvolle Preisbremsen, Regulierungen und eine weitgehende Unterstützung der Menschen gar nicht erst auf die Tagesordnung setzt und stattdessen an die vermeintlich heilsamen Kräfte des Marktes glaubt.

Deshalb wird auch weiterhin das Märchen erzählt, durch Neubau ließen sich die Probleme der Preisspirale beim Wohnraum lösen.

Das vertritt die Bundesregierung und es wurde in Halle kürzlich wieder von der lokalen FDP aufgegriffen. Aus dieser Perspektive heraus will man es den Investor:innen so einfach wie möglich machen.

Richtig ist aber das Gegenteil: Der Staat muss eingrei-

fen, um bezahlbaren Wohnraum sicherzustellen. Deshalb braucht es zum Beispiel einen bundesweiten Mietendeckel und die Nutzung aller bestehenden Instrumente in der Landes- und Stadtpolitik. Anders wird sich das Problem nicht lösen lassen, denn der Wohnraum reicht aus - er müsste nur bezahlbar sein. Dasselbe gilt für die steigenden Lebensmittelpreise. Die Knappheit entsteht nicht, weil die Regale leer wären. Sie entsteht individuell, weil sich Menschen die Produkte nicht mehr leisten können.

Deshalb braucht es auch hier Preisbremsen und Ausgleichszahlungen - und kein Beschwören von Marktkräften, die ganz offensichtlich nur zuungunsten der Menschen wirken.



## DIE LINKE in der Krise - Bundesparteitag kann Antworten geben!

Es ist inzwischen fast wie eine Floskel: DIE LINKE ist in der Krise, so fangen inzwischen Parteitage an. Aber es ist dennoch nicht zu leugnen: Innere Streitigkeiten, Austritte, Wahlergebnisse weit unter der 5%-Hürde machen deutlich, dass irgendetwas nicht stimmt. Nur was das ist, das ist gar nicht einmal so leicht auszumachen. Klar ist scheinbar, dass es an der Unentschiedenheit in etlichen Politik-Bereichen liegt. Corona-Maßnahmen? Der Stadtverband der LINKEN in Halle hat oft für eine Verschärfung plädiert, während andere Ebenen tendenziell in Richtung Lockerung gingen. Klimaschutz? Während große Teile der Partei stolz darauf sind, das radikalste Klimaschutzprogramm zu haben, sehen anderen vor allem Arbeitsplätze in Gefahr. Bedingungsloses Grundeinkommen? Einige sehen darin einen Emanzipationsschritt weg von der Unterdrückung im HartzIV-System, andere wiederum einen Vorwand, um den Sozialstaat endgültig zu zerstören und die Löhne zu drücken. Krieg und Frieden? Nun ja, diese Fragen sind seit der Gründung der LINKEN umstritten. Wo wir uns einig sind, ist darin, dass der Neoliberalismus auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Aber was ist eigentlich alles neoliberal? Jenseits von Forderungen nach mehr Geld und Respekt für die Ärmsten, wird es da mit dem Konsens auch etwas dünn. Machen wir uns nichts vor: Keine Gesamtmittgliederversammlung wird hier unvereinbare Positionen versöhnen können, auch wenn das miteinander reden ohne Zweifel extrem wichtig ist. Das soll aber trotzdem kein Abgesang auf die Partei sein, denn das können wir uns gar nicht leisten. Denn die erwähnte Gegnerschaft zum Neoliberalismus, die DIE LINKE jetzt seit 15 Jahren eint, ist das Alleinstellungsmerkmal schlechthin. Und die findet sich überall: Im Land, im Bund und auf kommunaler Ebene. Jetzt muss es darum gehen, auf dieser Basis sinnvolle Ableitungen zu finden. Den Neoliberalismus zu bekämpfen, sollte auch heißen: Eine starke Daseinsvorsorge, die jedem/jeder die individuellen Rechte garantiert und gleichzeitig das stärkt, was allen gehört. Das heißt selbstverständlich, dass wir das HartzIV-System abschaffen müssen, aber gleichzeitig auch, dass wir den Klimawandel aufhalten, Rassismus und Queerfeindlichkeit bekämpfen und bei Pandemien für den Schutz der Schwächsten plädieren müssen. Zugegeben, beson-

ders konkret war das noch nicht. Aber: Es ist denkbar, unser gemeinsames Fundament so zu verbreitern, dass genug Menschen darauf Platz finden und geschlossen für die richtige Sache kämpfen. Dazu muss der Bundesparteitag vom 24. bis zum 26. Juni einen klaren Beitrag leisten. Die Leitanträge und Vorsitzkandidaturen können zur Klärung beitragen, denn sie legen teilweise offen, wo die Bruchlinien liegen. Das könnte in die richtige Richtung gehen, wenn der Parteitag konkrete Beschlüsse fällt und sich dabei nicht selbst zerlegt. Dafür brauchen die Delegierte die Beratung mit den Mitgliedern, denn wenn diese nicht selbst ihre Interessen deutlich machen, dann wird das niemand für sie tun können.



### Bundesparteitag

Der Bundesparteitag ist das höchste Organ der Partei. Er berät und beschließt über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen. Der nächste Bundesparteitag findet vom 24. - 26. Juni 2022 in Erfurt statt. Für den Stadtverband Halle werden die Delegierten Janina Böttger, Stefanie Mackies, Lukas Wanke und Jan Röttschke am Parteitag teilnehmen. Darüber hinaus nimmt Ute Haupt als Mitglied des Bundesausschusses als beratendes Mitglied in Erfurt teil.

Ihr könnt den Parteitag ebenfalls im Internet über den YouTube-Kanal der Partei DIE LINKE live verfolgen. Los geht es am 24. Juni ab 12 Uhr.

Alle Anträge, Kandidaturen und den Zeitplan zum Bundesparteitag findet ihr ebenfalls online auf der Webseite der Partei. Auf Grund der schieren Menge an Material, können wir euch dies leider nicht als Anhang zum Linken Blatt mitschicken. Falls ihr aber gezielt bestimmte Inhalte ausgehändigt haben wollt, dann kontaktiert uns gerne individuell im Linken Laden hier in Halle und wir werden versuchen euch dabei behilflich zu sein.

## Aus der Stadtratssitzung am 25.Mai 2022

Positiv berichten konnte Herr Geier, Bürgermeister der Stadt Halle (Saale) in seinem Bericht an den Stadtrat, dass die Stadt Halle (Saale) eine neue Rettungswache im Diakoniekrankenhaus an das DRK übergeben konnte. Eine weitere Wache wurde in Neutz-Lettewitz an das DRK übergeben. Ein erster Spatenstich für einen Neubau auf dem Weinberg Campus- für das IT-Unternehmen exceeding solutions GmbH wurde am 3.Mai 2022 ausgeführt. Herr Geier berichtete weiter vom Besuch einer Delegation aus Halle in der Städtepartnerschaftsstadt Karlsruhe. Diese Städtepartnerschaft wurde 35 Jahre alt. Der Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle hat für die Spielzeiten 2022/2023 bis einschließlich 2026/2027 Fabrice Bollon als Chefdirigenten der Staatskapelle Halle und Musikalischen Oberleiter der Oper Halle mit dem Titel Generalmusikdirektor ernannt. Und Michal Sedláček wird Direktor des Opernballetts. Und zu erwähnen wäre auch, dass es bis zum 12.Juli 2022 am Thüringer Bahnhof eine spektakuläre Freiluft-Ausstellung „Kunst an der Plakatwand“ geben wird. Bis zunächst Ende Juli können sich in der „Vereinshütte“ am Roten Turm Vereine präsentieren und ihre Arbeit präsent darstellen.

Der Einwohnerantrag „NEIN zum Zusammenbruch der Gesundheitsfürsorge für die Einwohner der Stadt Halle! NEIN zum Impfzwang im Gesundheitsbereich der Stadt Halle! NEIN zur allgemeinen CORONA-Impfpflicht“, wurde als unzulässig eingestuft. Die Verwaltung hatte den Antrag geprüft, mehrere Kriterien wurden nicht erfüllt, um diesen Einwohnerantrag anzuerkennen und zu behandeln. Der Stadtrat stimmte mehrheitlich der Vorlage der Verwaltung zu; er wurde also abgelehnt.

Ebenfalls mit einer großen Mehrheit wurde der Verwaltungsvorlage „Grundsatzbeschluss zur Teilnahme der Stadt Halle (Saale) am Standortwettbewerb

zur Einrichtung des „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ zugestimmt. In einem ostdeutschen Bundesland soll das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ bis zum Jahr 2028 errichtet werden. Es sind 13 Kriterien für den Wettbewerb benannt, die die Stadt Halle (Saale) erfüllt. Für den Standort ist der Riebeckplatz angedacht. Für die Errichtung des Zentrums sind 200 bis 220 Mio Euro vorgesehen. Die Kapazität des Zukunftszentrums soll für bis zu 1 Mio Besucher:innen pro Jahr ausgelegt werden. Etwa 180 Vollzeitstellen mit den entsprechenden Personal- und Sachkosten sollen entstehen. Es wäre also eine tolle Sache, wenn Halle diesen Wettbewerb gewinnt!

Zugestimmt haben wir den Beschlussvorlagen „Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) zur Wohnbebauung an der Alfred Reinhardt-Straße“ (Ammendorf) und der Änderung des Baubeschlusses für die denkmalgerechte Sanierung der Feierhalle (Gebäudehülle) auf dem Gertraudenfriedhof. Die Vorlage „Stadtbahnprogramm Halle, Els-Brandström-Straße- Variantenbeschluss“ wurde im Stadtrat noch einmal vertagt. Hier geht es u.a. um das Thema „Parkplätze“, die durch Baumaßnahmen wegfallen. Das Thema wird uns im nächsten Stadtrat begleiten. Unser Antrag zur Erweiterung des Grillplatzes auf der Silberhöhe musste auf Grund eines Widerspruches des Oberbürgermeisters erneut behandelt werden. Hintergrund sind die fehlenden Finanzen im Haushalt bzw. die Tatsache, dass die Stadt für weitere freiwillige Aufgaben kein Geld ausgeben darf. Mit 18 Ja und 19 Nein- Stimmen wurde er dieses Mal knapp abgelehnt.

Unseren Antrag zu den „Städtepartnerschaften“ haben wir im Stadtrat zurückgezogen. Wir haben aufgezeigt, wie wir uns eine lebhaftere Verbindung mit den bestehenden Städtepartnerschaften vorstellen.

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare  
**Spende erbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
16.06.2022  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 17.07.2022

Wir hatten unseren Antrag mehrere Mal geändert, weil der Krieg Russlands gegen die Ukraine in die Zeit der Bearbeitung des Antrages in den Ausschüssen fiel. In unserem Antrag haben wir geschrieben, dass wir für die Dauer des Krieges in der Ukraine sowie des Bestehens einschneidender Sanktionen der Bundesrepublik gegen die Russische Föderation wegen des Krieges in der Ukraine auf offizieller Ebene ruhen zu lassen...“. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Hauptsache Halle stellten einen Änderungsantrag zu unserem Antrag, der nur noch die Passagen enthielt, die Städtefreundschaft mit Ufa ruhen zu lassen. Alle anderen Initiativen zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den anderen Städtepartnerschaften sollten gestrichen werden. Es war bereits durch die Diskussionen in den Ausschüssen absehbar, dass dieser Änderungsantrag eine Mehrheit im Stadtrat bekommen sollte. Mit diesem Hintergrund, weil wir den Sinn unseres Antrages nicht mehr erfüllt sahen, haben wir den Antrag zurückgezogen.

### **Senioren-Treff**

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren, hiermit möchte ich euch über die geplanten Termine für unseren Senioren-Treff informieren:

Im Juni ist ein Stadtrundgang mit Hajo Gunkel geplant.

Thema: Jüdisches Leben in Halle  
Termin: Mittwoch, 29. Juni 2022, 14.30 Uhr  
Ort: Treffpunkt ist der Linke Laden

Im Juli wollen wir einen Rundgang mit Marion Krischok über den Südfriedhof machen und dabei allerlei Historisches und Neues kennenlernen.

Termin: Mittwoch, 27. Juli 2022, 14.30 Uhr  
Ort: Haupteingang Südfriedhof

Vorausschau für August

Spaziergang über die Peißnitz mit Diskussionsrunde am Peißnitzhaus bei Kaffee, Limo oder auch einem Gläschen Wein

Ich freue mich, euch wieder zahlreich zu unseren Veranstaltungen begrüßen zu können.

Bis dahin bleibt alle gesund und zuversichtlich.

Lydia Roloff

Ein Antrag mehrerer Fraktionen (von uns initiiert) zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Aufnahme der Stadt Halle in den Landespräventionsrat, wurde angenommen.

Unser Antrag zur Erstellung eines Konzeptes für einen effizienten und emissionsfreien/ emissionsreduzierten Lieferverkehr auf der Letzten Meile im Stadtgebiet wurde zur weiteren Bearbeitung in die Fachausschüsse verwiesen.

Ute Haupt

### **Martha-Brautzsch-Gedenken**

Am 17. Juli 2022, 10 Uhr auf dem Südfriedhof. Eingang Elsa-Brändström-Str. Geplant ist im Anschluss ein Spaziergang zum Rannischen Platz.

### **Mitgliederversammlung Ortsverband Süd**

Am 12. Juli 2022, um 17 Uhr im Gesundheitszentrum auf der Silberhöhe (Wilhelm-von-Klewiz-Straße 11, 06132 Halle (Saale)).

### **Treffen AG Wirtschaft**

24. Juni 2022, 18 Uhr im "Kleeblatt". Diesmal wollen wir über die Rolle von Dienstleistungen in der Gesellschaft sprechen.

Thema wird dieses Mal sein: Was redet mensch mit einem Gewerkschafter?

Gast: Stefan Hilbig stellv. Landesbezirksfachbereichsleiter ver.di Sachsen

### **Voraussichtlich Treffen der AG Wirtschaft**

29. Juli, 2022, 18 Uhr im "Kleeblatt". Diesmal wollen wir über die Rolle von Dienstleistungen in der Gesellschaft sprechen.

### **Terminankündigung: Sommerfest**

Das Sommerfest der LINKEN. Halle findet dieses Jahr voraussichtlich am 2. September Am Gastronom in Halle-Neustadt statt. Weitere Informationen teilen wir euch mit, wenn wir mit der Planung vorangeschritten sind.





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat Juni Geburtstag haben.



## Standpunkt 1: Nur Einigkeit macht stark

Keine Frage, die Attacke O.Lafontaines auf unsere Partei wirkt nach: Zum achten Mal in Folge hat sie bei Wahlen empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Damit müssen wir wahrscheinlich noch eine Zeitlang leben; aber wir werden es überstehen, wenn wir schließlich doch noch in Erfurt zur Einheit finden werden. Kürzlich kam mir wieder der amerikanische Spielfilm „Grüne Tomaten“ in den Sinn. Da erzählt Buddy Threadgoode vom positiven Schicksal eines Badesees, auf dem sich viele Enten tummelten. Ein plötzlicher Kälteeinbruch sorgte dafür, dass die Enten allesamt einfroren. Was machten sie? Sie nahmen alle Kräfte zusammen, erhoben sich mit dem See in die Lüfte und ließen sich irgendwo in Georgia nieder. Dort erfreut er Enten und Menschen bis heute.

Fazit: Nur Einigkeit macht wirklich stark. Diese Geschichte wird in dem Spielfilm insgesamt dreimal

erzählt.

In unserer Partei gibt es etliche Strömungen, zu deren Ursachen der Erfurter Parteitag vordringen sollte; das ist schon schwer genug. Entdeckte Fehler müssen gründlich verbalisiert und korrigiert werden. Dann sollte man auch leichter die richtigen Spitzenkandidaten für die Parteiführung finden können. Schirdewan ist gut, Pellmann auch. Letzter ist in Leipzig ordentlich etabliert, hat unsere Partei gerettet, ist also auch eine sichere Bank für eine zukünftige Krise, die dann hoffentlich nicht mehr vorkommen wird. J. Wissler hat einen leidenschaftlichen Bundestagswahlkampf geführt, der mir sehr gefiel. Bei parteilosen Wähler\*innen stößt sie häufig auf gefühlsbetonte Skepsis. Ob Heidi Reichinnek eine gute Wahl wäre, kann ich nicht beurteilen, da ich sie zu wenig kenne.

Lothar Waide, Basis Heide-Nord

## Standpunkt 2: Putins verbrecherischer Krieg

Schon J. W. Goethe meinte, Analogien wollten nichts beweisen, aber anregen wie gute Gesellschaft. B. Ramelow regt mit seinen Föderationsanalogien im „nd“ vom 17. 5. 2022 („Krieg ist die Ultima Irratio“) tatsächlich zu produktivem Nachdenken an. Es bleibt zu hoffen, dass B. Ramelows Ideen auf dem Parteitag Ende Juni in Erfurt ein positives Echo finden. Solche Ideen sollte man m. E. auch W. Putin auf diplomatischen Wegen nahebringen. Und damit er tatsächlich Geschmack daran findet, könnte man ihm ja auch noch mitteilen, dass man in Westeuropa des ganzen Sanktions- und Embargozirkus müde sei und zu den ewigen Wahrheiten zurückfinden wolle: „Wandel durch Handel!“ und „Frieden schaffen ohne Waffen!“. Diese Schocktherapie könnte ihn vielleicht auf den Pfad der Tugend zurückführen. Dazu noch das Angebot, dass Finnland und Schweden zu den alten Sicherheitsstrukturen zurückkehren wollen. Eine Kehrtwende um 180°. Wenn's den ersehnten Frieden bringt? Ohne Zweifel: Putin hat einen verbrecherischen Krieg vom Zaun gebrochen, aber... (G. E. Lessing meinte,

dass die Aber Überlegung kosten.) Wenn ich mein aber... so fortsetzen wollte, dass die Nato eine Mitschuld trägt, dann wäre meine Überlegung falsch. Es gibt keine Mitschuld der Nato. Putin ist der einzige Schuldige. Die Genese des Putinkrieges ist eindeutig von der Genese der Nato generell und des Ausdehnens der Nato bis an die Grenzen Russlands zu trennen. Nach einer Diskussion in unserer Basisgruppe kam mir dies in den Sinn:

Was des Menschen Hände  
mühevoll geschaffen,  
zerstören sinnlos  
Putins Waffen.  
Welch kranker Geist  
belastet nur sein Hirn?  
Wie dem auch sei,  
Vernunft biete ihm  
die freie Stirn!

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

## Rezension

**Sylke van Dyk und Tine Haubner. Community-Kapitalismus. Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH Hamburg, 2021, ISBN 978-3-86854-4, 175 S.**

Die Autorinnen verstehen ihren Text als „Kritik der politischen und moralischen Ökonomie des Community-Kapitalismus, die ... auf Ausbeutung von Post-Erwerbsarbeit, der Informalisierung und De-Professionalisierung von Arbeit, der Umdeutung der sozialen Frage in eine Frage fürsorglicher Gemeinschaften und der Überführung sozialer Rechte in soziale Gaben beruht“ (S. 11). Sie analysieren, dass die Verschiebung der Ausbeutung von Hausarbeit zur Ausbeutung des Ehrenamtes, im Einzelnen dazu führt, dass

- Lücken im Sozialen zunehmend auf die Zivilgesellschaft abgeschoben werden,
- eine weitere De-Professionalisierung und Abwertung der care-Arbeit stattfindet,
- soziale Rechte zunehmend durch soziale Gaben ersetzt werden,
- eine Umdeutung von Arbeit in Nichtarbeit stattfindet,
- diese neue Repression von oben jedoch auf ein starkes Bündnis trifft (es gibt ein hohes Bedürfnis nach Kollektivität und öffentlichem Tun),
- die Krise der Reproduktion zu einem Verlust des Vertrauens in staatliche Organisationen führt (dies sei gerade in Pandemiezeiten deutlich geworden).

Insbesondere der Aspekt des Einsetzens von prekären Arbeitskräften in den Grauzonen des Pflegemarktes demonstriert nicht nur die Abwertung bestimmter professioneller Tätigkeiten, sondern ist darüber hinaus teilweise lebensgefährlich. Nicht nur, dass die dafür „gewonnenen“ Langzeitarbeitslosen im Vergleich zu Pflegehilfskräften eine stark verkürzte Ausbildung durchlaufen, sie werden häufig rechtswidrig für pflegerische Tätigkeiten eingesetzt, für die sie weder ausgebildet sind, noch bezahlt werden. Verstöße werden nur selten sanktioniert (vgl. S. 70).

Ein weiterer interessanter Befund dieser Analysen sei, „dass sich die Freiwilligen häufig als stolze Retter der überlasteten Fachkräfte empfinden“ (S. 72).

„Diese Grenzüberschreitungen erschweren nicht nur die seit Jahren dauernden Professionalisierungsversuche in der Pflege, sie überfordern (mehr oder weniger bewusst) auch die Freiwilligen ...“ (S. 73). Hinzu kommt, dass es insbesondere die Armen sind, die sich keine professionellen Pflegekräfte leisten können und auf Freiwillige zurückgreifen, d. h. „poor service for poor people“ (S. 94). Dies bedeute jedoch nicht, dass die Freiwilligenarbeit in Deutschland derzeit von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen dominiert wird; nach wie vor sei diese eindeutig mittelschichtdominiert.

Die von Sylke van Dyk und Tine Haubner beschriebenen Verhältnisse auch in anderen Bereichen führen nicht nur zu einer „Auslagerung von Aufgaben, die vorher entweder in der Familie, in staatlicher/kommunaler Verantwortung oder durch den Markt organisiert waren, in die Zivilgesellschaft“, sondern auch zu einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürger\*innen (S. 113). Das Lob, welches den Freiwilligen gern und viel gespendet würde, erinnere historisch an die Würdigung von Frauen ...

Weiterhin schätzen sie die o. g. Entwicklungen als einen gezielten Zugriff auf die Ressource „Zeit“ ein (vgl. S. 121) und verweisen auf die Problematik, dass Freiwillige sich jederzeit aus einer Aufgabe zurückziehen können oder eine bestimmte zu betreuende Person ablehnen können. Dies führe zu Unwägbarkeiten in deren Engagement - zu Lasten von Personen in schwierigen Lebensverhältnissen oder mit „unangenehm“, aber notwendigem Betreuungsbedarf.

In ihrem vorletzten sowie im letzten Kapitel arbeiten die Autorinnen heraus, warum gerade dieses Projekt (von ihnen Community Kapitalismus genannt), anschlussfähig bzw. attraktiv für ein breites Spektrum von politischen Akteuren sei und es dem Kapitalismus wieder einmal gelingt, „sich über seine Kriseneffekte erfolgreich zu reorganisieren“ ... die Sehnsucht nach Geborgenheit und Unterstützung in sozialen Gemeinschaften ... wird ... zur Ressource ... und Alternative im krisengeschüttelten Kapitalismus“ (S. 152).

**Grit Lemke: Kinder von HOY - Freiheit, Glück und Terror. Suhrkamp Verlag Berlin 2020, 2. Auflage 2021, Erste Auflage 2021 Suhrkamp Taschenbuch 5172. 236 S. ISBN 978-3-518-47172-2**  
**Ernst Luther: HOY (Hoyerswerda) und HA-NEU (Halle-Neustadt)**

Grit Lemke schrieb dieses Buch für ihre Söhne, ich kaufte es - angeregt durch die Lesezeit bei MDR Kultur - für meine Töchter. Im Klappentext sagt MDR Kultur: „Kinder von Hoy ist eines der besten Bücher, die über den Osten geschrieben wurden.“ Im Oktober 1991 erklärte Der Spiegel wie man Hoy sehen müsste: Eine „Strafkolonie namens Hoyerswerda“, der „steingewordene Reißbrett-Traum realsozialistischer Kaninchenzüchter“. Die Menschen hätten „in einem böartigen, hässlichen, dumpfen Alltag“ gelebt, „der böartige, hässliche dumpfe Menschen stantzt“. Inzwischen hat auch Der Spiegel dazu gelernt und schreibt über das Buch: „Sie ist vielleicht inzwischen die wichtigste Stimme dieser Generation Ost“.

Wer in der Zeit der 60er und 70er Jahre in Halle-Neustadt lebte, wird in diesem Buch ständig erinnert an die schnell wachsende Kinderzahl, an „kurze Beine - kurze Wege“, kein Kind überquert auf dem Weg zur Schule eine Hauptstraße.

Was in Hoy die „Pumpe“ war, sind in Ha-Neu Buna und Leuna. Gerhard Gundermann begeisterte in der Szene in Hoy, Heiner Müller schlief eben ganz privat bei einer

Familie. Brigitte Reimann schrieb „Franziska Linkerhand“, das jeder kannte und viele waren traurig, dass sie in eine „richtige“ Stadt zog. In Ha-Neu hatte Eric Neutsch seine Fans. Wer kannte nicht Balla ?

Im Frühjahr lernten die Kinder von Hoy ein neues Wort: „Negerklatschen“. Nie zuvor kannten sie Rassismus. Die „Negerpuppe“ wurde genau so bestrickt wie alle anderen. Der Mosambikaner David lässt die Schulkinder seine Haut anfassen - und nichts geht ab und dann fasst er die Schulkinder an und wieder: nichts färbt ab. So lernen sie was es heißt, ein Mensch zu sein. Aber das nützt nichts. Plötzlich müssen Vietnamesen und Mosambikaner um ihr Leben fürchten und der neue Staat verlangt, dass sie das Land verlassen. Er wird sich auch in späterer Zeit weigern, das erarbeitete und versprochene Geld auszuzahlen.

Wir kennen das auch in Ha-Neu: Schulen und Kindergärten, auch das Kinderdorf wird dem Verfall preisgegeben. Vandalismus macht sich breit und wir erleben - wie die Kinder von Hoy - dass die Polizei die Nazis „begleitet“.

Ernst Luther

**Julia Dück: Soziale Reproduktion in der Krise. Sorge-Kämpfe in Krankenhäusern und Kitas, Beltz-Juventa Weinheim Basel 2022, ISBN 978-3-7799-3058-7, 302 S.**

Die Autorin legt mit diesem Buch eine Fassung ihrer 2021 verteidigten Dissertation zum Thema „Kämpfen um Care in der Krise“ vor. Dabei geht sie von der empirischen Beobachtung aus, dass Streiks und Proteste in sorgenden Dienstleistungen immer mehr zugenommen haben, (und nehmen) und vergleicht Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Feldern Krankenhäuser und Kindertagesstätten. Ihre These dazu ist, dass sich in den ähnlich klingenden Krisen unterschiedliche Prozesse vollziehen. Hier untersucht sie die Ursachen dafür. Diese beiden Bereiche wurden von ihr deshalb ausgewählt, weil sie zum einen wesentlich zur sozialen Reproduktion beitragen, zum anderen sich gerade in ihnen gegenwärtig zentrale gesellschaftliche Transformationsprozesse vollziehen.

Zunächst analysiert sie in einem ersten Teil marxistische Überlegungen zum Begriff der Reproduktion (Marx, Althusser, Gramsci) - sowohl hinsichtlich beizubehaltender Ergebnisse, als auch bei den jeweiligen Autoren vorhandener Leerstellen. Insbesondere würden sich diese marxistischen Ansätze zu sehr auf

ökonomische Krisen fokussieren. Diese Lücken versucht sie mit Hilfe der im zweiten Teil beschriebenen feministischen Sichtweisen zu schließen. Deshalb wird der Begriff der Krise ausführlich erläutert und von ihr drei verschiedene Arten (statt der üblichen zwei) unterschieden: Sie arbeitet heraus, dass es bei den vorhandenen Krisen nicht nur um stofflichen und generativen Verschleiß geht, sondern auch um subjektiven. Dies ist insofern wichtig, als die gleichen objektiven Bedingungen gegenwärtig zu unterschiedlichen subjektiven Krisen führen würden (vgl. S. 275). Um diese Schlussfolgerung zu belegen hat J. Dück zahlreiche Interviews mit Menschen aus beiden Bereichen geführt. Diesem dritten empirischen Teil ihres Buches, hat sie jeweils eine kurze Skizze seiner historischen Entwicklung vorangestellt. Im Krankenhausbereich ist das vor allem die mit der Einführung der Fallkostenauspauschalen einhergegangene Arbeitsverdichtung, Veränderung von beruflichen Aufgaben und Abschied vom fürsorglichen Ethos (Auslagerung von Pflegetätigkeiten an Hilfskräfte, nicht mehr die Patienten stehen im

Mittelpunkt der Sorgetätigkeit, sondern abrechnungstechnisch günstige Leistungen). Im Kita-Bereich kommt es gleichfalls zu Überlastungen und einem gewandelten Berufsbild. Allerdings können die Beschäftigten auf Grund anders gelagerter Einflussmöglichkeiten der Mitarbeiter:innen mit dieser Situation so umgehen, dass sie aktuelle Krisen bearbeiten können. Inhaltliche Verschiebungen im Berufsbild werden eher akzeptiert und spielen in den Sorgeskämpfen (anders als bei Pflegekräften) nur eine untergeordnete Rolle.

Insbesondere diese differenzierende Perspektive wird im Buch deutlich herausgearbeitet - es vollziehe sich

„sowohl eine Abwertung und tendenzielle Verdrängung fürsorglicher Aspekte aus der pflegerischen Sorgearbeit“, als auch eine Einnahme eines höheren Stellenwertes dieser in der erziehenden Sorgearbeit (vgl. S. 267).

Existenzielle Bedrohungen und Überforderung würden auch in den Kitas wahrgenommen, erschienen im Vergleich zur Krankenpflege jedoch weniger tiefgreifend (S. 272). Diese unterschiedlichen Erfahrungen müssten von den Beteiligten an Sorgeskämpfen, aufgegriffen und beachtet werden, um diese erfolgreich führen zu können.

## + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 18. und 19.05.2022

Zur 11. Sitzungsperiode des Landtages standen 21 Themen auf der Tagesordnung, über die am 18. und 19. Mai debattiert und abgestimmt wurde.

### #Landeshaushalt

#### Haushalt für 2022 verabschiedet

13,5 Milliarden Euro stehen auf der Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Landesregierung für das Jahr 2022. Fast ein Drittel dieser Summe erhalten die Kommunen für ihre jeweiligen Aufgaben. Änderungen wird es über das Haushaltsbegleitgesetz unter anderem in der Landeshaushaltsordnung geben. So soll die Bemessungsgrundlage für die Schuldenbremse des Landes neugestaltet werden.

In der Debatte sagte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern: „Womit kann man eine Debatte über den Haushalt für das Jahr 2022 einleiten, während die Corona-Pandemie abklingt, aber immer noch nicht vorbei ist, und die Ukraine sich gegen einen Angriffskrieg durch Putins Russland verteidigen muss? Die Inflation ist aktuell so hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr. Im täglichen Leben sind diese Preissteigerungen für viele Menschen in unserem Land kaum noch kompensierbar. Zusätzlich schmelzen Sparguthaben und Altersvorsorgen dahin.“

Die Fraktion DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse ab, die aktuelle Situation gibt uns darin Recht. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, dass mit diesem ins Grundgesetz gegossenen Neoliberalismus keine ordentliche Finanzpolitik zu machen ist. Die Schuldenbremse muss in der Krise über Jahre ausgesetzt werden, damit die öffentliche Hand handlungsfähig ist. Es muss investiert

und soziale Krisen abgefangen werden, was eindeutig Staatsaufgabe ist.

Sie kritisierte, dass der Landeshaushalt leider an zu vielen Stellen hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibe. All unsere Ausgabenvorschläge seien durchaus finanzierbar, wenn man es denn wollte, und es sind vor allem Anträge, die nicht nur die wirtschaftliche, sondern die gesellschaftliche und vorrangig natürlich auch die soziale Entwicklung des Landes insgesamt im Blick haben. Aus Sicht der Linksfraktion sei die soziale Frage die entscheidende Frage der nächsten Jahre!

Die Absicherung der Schulsozialarbeit für die nächsten zwei Jahre wäre ohne unser penetrantes Dranbleiben am Thema und den Druck von Lehrer\*innen, Schüler\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen garnicht möglich gewesen, auch wenn sich jetzt die Landesregierung dafür feiert. Wir fordern, dass Schulsozialarbeit langfristig Standard an jeder Schule wird. Doch die Koalition weigert sich, in 300 zusätzliche Stellen zu investieren oder den Schulen eine mittelfristige Planungssicherheit zu gewähren. Der Änderungsantrag der Linksfraktion wurde abgelehnt.

„Genauso ist es mit dem von uns beantragten Schwimmbadfonds, den die Koalition zu einem weniger als mickrigen Fugenkleberfonds degradiert hat. Sachsen-Anhalts Schwimmbäder verfallen weiter und weiter. Wo sollen denn die Nichtschwimmerjahrgänge von 2020 und 2021 ihren pandemiebedingt ausgefallenen Schwimmunterricht nachholen? Diese Antwort bleibt uns die Landesregierung mit ihren ledig 500.000 Euro für alle Schwimmbäder im Land zusammen schuldig“, so Eva von Angern weiter, „der Sanierungs-



stau liegt inzwischen bei 148 Millionen Euro.“

Weitere Knackpunkte sind der Sparzwang an den Hochschulen, der riesige Investitionsstau in den Kommunen, den auch die Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer, die um 107 Millionen Euro erhöhte FAG-Masse, die 45 Millionen Euro Kommunalpauschale aus dem Corona-Sondervermögen und zusätzlichen Mitteln für Investitionen an den Kreisstraßen nicht auflösen können. Statt Erneuerung und Modernisierung ihrer Infrastruktur verschleißen Schulen, Kitas, Sporthallen, Straßen, Brücken, Geh- und Radwege weiter. Aber auch unsere Anträge zur Erhöhung der Zuschüsse für die Weidetierhaltung, zur Förderung von Innovationsassistenten für unsere heimischen Unternehmen, auf Zuschüsse für Clubs und Musikspielstätten sowie einen Reparaturbonus lehnen die Koalitionsfraktionen ab.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass der Haushalt erst zum 1. Juni 2022 in Kraft treten wird. Da stellt sich die Frage, wie viele Mittel des angeblichen Rekordhaushaltes dann auch tatsächlich noch abfließen. Und der nächste Haushalt wird wohl auch frühestens im Januar 2023 beschlossen werden und damit erst zum Ende des ersten Quartals in Kraft treten.

## #Armut

### **Konsequenter Kampf gegen Armut - Zielgenaue Unterstützung für einkommensschwache Haushalte in der Krise**

Schon vor der Pandemie und vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine gab es einen besorgniserregenden Trend, der die Zunahme der Armut in Sachsen-Anhalt vermerkt. Während sich ein Wachstum der mittleren Einkommen sowie die Steigerung der Beschäftigung in Deutschland bemerkbar machte, nahm die Armut in Sachsen-Anhalt zu. Sachsen-Anhalt steht somit exemplarisch dafür, dass trotz steigendem Wohlstand Armut zunimmt. Besonders betroffen von diesem Zustand sind Kinder und Jugendliche, da diese immer die ökonomisch-prekären Situation ihrer Eltern oder Fürsorgeberechtigten unverschuldet mittragen müssen. Zu den Folgen zählen ein isolierterer und ungesunder Lebensstil, soziale und emotionale Auffälligkeiten, Bildungslücken und schlechte Noten bis hin zum Abbruch der Schule. All diese Effekte führen zu höheren Kosten des Sozialsystems, einer künftigen Verschärfung des Fachkräftemangels am Arbeitsmarkt und hat Auswirkungen auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Stabilität der Demokratie.

„Wir haben gestern den Haushalt für das aktuelle Jahr

beschlossen. Wir wissen natürlich, dass die wesentlichen Weichen in der Armutsprävention im Bund zu stellen sind. In Land und Kommune können jedoch die Folgen gemildert werden. Gerade in der Kommune muss alles dafür getan werden, dass die Folgen von Armut, von Kinderarmut im Besonderen gemildert werden. Armutsbekämpfung muss nicht nur aus sozialen, humanistischen Gründen ganz oben auf der Tagesordnung stehen, sondern auch aus rein ökonomischen Gründen. Denn Armut schadet uns als Gesellschaft in Gänze“, sagte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern bei der Einbringung.

„Einkommensverhältnisse entscheiden in Deutschland wie kaum in einem anderen europäischen Land über die Bildungschancen von Kindern. In Sachsen-Anhalt sind laut Aussage der Bunderegierung 26 Prozent der Kinder und Jugendlichen armutsgefährdet. Das bedeutet, dass mehr als jedes vierte Kind in unserem Land die Folgen von Armut tagtäglich spürt! Kinder in unserem Land wissen genau, was Armut bedeutet. Kinderarmut verletzt Kinderseelen. Das sollten wir uns alle vor Augen halten! Natürlich wissen wir als LINKE, dass Kinderarmut immer auch die andere Seite der Medaille von Elternarmut ist und besonders schmerzhaft ist das Wissen, dass insbesondere Alleinerziehende in unserem reichen Land ein Armutsrisiko haben.

DIE LINKE fordert daher eine Kindergrundsicherung. Unsere Forderung einer Kindergrundsicherung beläuft sich auf derzeit 699 Euro. Das Geld wird für bessere Bildungsangebote genutzt, für ein besseres Wohnumfeld.“ Armut und Armutsfolgen betreffen allerdings nicht nur Kinder und Jugendliche. So lebe laut Angaben des Paritätische Gesamtverbands jeder dritte Studierende in Armut. Die Pandemie habe die Situation der vielen Studierenden noch erheblich erschwert, weil viele Nebenjobs weggefallen seien. Notwendig sei daher dringend eine Bafög-Reform.

„Die Tafeln sind lebensnotwendig für viele Menschen geworden. Traurige Wahrheit ist dabei auch, dass immer mehr Senior\*innen die Tafeln nutzen müssen. Menschen müssen nach einem Leben in Arbeit zur Tafel gehen, um über die Runden zu kommen. Die sanktionsfreie Mindestrente, die auch das soziokulturelle Existenzminimum bedarfsgerecht sichert, ist das Mindeste, das wir unserer ältesten Generation schulden. Damit Menschen im Alter erst gar nicht in Armut leben müssen, fordern wir nicht nur im Vergabe- und Tariftruegesetz im Land; sondern auch im Bund einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 14 Euro. Wir haben gestern viel von der dramatisch hohen Inflations-

rate gesprochen. Sie frisst doch jetzt schon real ein Monatsgehalt bzw. eine Monatsrente auf. Aufgrund anderer Ausgaben auf Bundesebene wird es finanziell schwierig, viele der von uns vorgeschlagenen dringend notwendigen Reformen umzusetzen. Dabei war einer der größten Fehler der Ampelkoalition sich gegen eine Steuerreform, gegen die Vermögensabgabe und gegen die gerade für uns Länder dringend erforderliche Vermögenssteuer auszusprechen.“

Unsere Forderungen zusammengefasst:

- Mindestgrundsicherung (644 Euro statt Hartz IV)
- Mindestrente (1200 Euro) gegen Altersarmut
- Kindergrundsicherung (699 Euro) gegen Kinderarmut
- 14 Euro Mindestlohn gegen Armut trotz Arbeit

Der Antrag wurde in fast alle Ausschüsse des Landtages zur weiteren Beratung überwiesen.

## #Vergabegesetz

### Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge

Im Bereich des Beschaffungswesens stelle die öffentliche Hand im Vergleich zu den privaten Auftraggebern aufgrund des enormen Auftragsvolumens den größten Nachfragesektor dar, der es ihr ermögli-che, eine wirtschaftspolitische, sozialpolitische und innovative Vorbildfunktion wahrzunehmen, konstatieren die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Ziel des nun vorgelegten Gesetzentwurfs sei, ein zeitgemäßes und nachhaltiges Vergabegesetz zu schaffen.

Der wirtschaftspolitische Sprecher Wulf Gallert sagte in der Debatte zur ersten Beratung: „Es ist schon eine besondere Situation. Es gibt einen Gesetzentwurf, der den Titel ‚Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge‘ trägt. Wer bringt diesen Gesetzentwurf zur Tariftreue und Sozialstandards ein? - Das macht die FDP. Darüber könnte sich der kundige Politiker wundern. Wenn man sich das Gesetz allerdings ansieht, dann wundert man sich nicht mehr, weil es zu 90 % die Programmatik der FDP enthält. Das ist das eigentliche Problem an diesem Gesetzentwurf.“

„In Sachsen-Anhalt haben wir eine Tarifbindung, die in den Jahren 2000 bis 2019 von 63 % auf 45 % gesunken ist. Sachsen-Anhalt ist eines der Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland mit der geringsten Tarifbindung. Vier Fünftel aller Betriebe in Sachsen-Anhalt sind nicht tarifgebunden.“ Deshalb brauche es überhaupt ein solches Vergabegesetz.

Zentrale Kritikpunkte der Fraktion DIE LINKE zum Gesetzentwurf:

1. Die Einschränkungen des Geltungsbereichs des Vergabegesetzes sind nicht hinnehmbar. Die Anhebung der ohnehin schon zu hohen Schwellenwerte muss verhindert werden. Die Möglichkeiten der Außerkraftsetzung des Vergabegesetzes durch Rechtsverordnung über den Katastrophenfall hinaus ermöglicht das Unterlaufen des Vergabegesetzes und muss verhindert werden.

2. Ein Vergabemindestlohn von 13 Euro war Gegenstand des Landeswahlprogramms von Linken und SPD und wurde im Koalitionsvertrag von Sommer 2021 festgeschrieben. Mit der jetzigen Inflationsrate werden die 13 Euro des Sommers 2021 die 14 Euro vom Ende des Jahres 2022 sein. Nur mit einem solchen Vergabemindestlohn wird gegenüber dem zu erwartenden gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro noch eine Lenkungswirkung in Richtung Tarifgebundenheit erzielt werden.

3. Soziale Kriterien finden sich im bisherigen Gesetz, jedoch haben sie aber die Wirkung von weißer Salbe. DIE LINKE verlangt den Ausschluss von Bewerbern, wenn sie einen Schwellenwert (zum Beispiel 20 Prozent) von sachgrundlosen Befristungen bei den Arbeitsplätzen überschreiten oder nicht nachweisen können, dass bei ihnen eine Entgeltgleichheit von Frauen und Männern existiert.

4. Das Gesetz verliert seine Wirkung, wenn die Einhaltung nicht kontrolliert wird. Wir verlangen hier eine gesetzliche Regelung. Zum Umfang der Kontrollen der Einhaltung der Mindestlohnregelungen durch die Vergabestelle sowie die Erhöhung der Vertragsstrafen auf 10 Prozent des Auftragsvolumens im Falle von Verstößen. „Wir sehen, dieses Gesetz hat extrem viele Mängel. Es ist kein Tariftreuegesetz. Es ist nicht im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Deswegen muss es deutlich verbessert werden“, sagte Wulf Gallert abschließend. Der Gesetzentwurf wurde in mehrere Ausschüsse überwiesen.

## #Lebensmittelverschwendung

### Wegwerfverbot von Lebensmitteln

2015 wurde auf der UN-Vollversammlung die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Industrieländer und Länder des Globalen Südens haben sich verpflichtet, in ihren Ländern die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Die bisherigen Aktivitäten zur Lebensmittelverschwendung haben in den vergangenen Jahren zwar einen deutlichen Beitrag zur Stärkung des Problembewusstseins bei Verbraucher\*innen geleistet, appellieren aber grundsätzlich nur an freiwillige Umsetzung. Der Dachver-

band der Tafeln forderte angesichts der aktuellen Herausforderungen und teils deutlich sinkender Lebensmittelpenden verbindliche Maßnahmen in Form eines Gesetzes gegen Lebensmittelverschwendung, welches sowohl an die Hersteller als auch den Lebensmittelhandel sowie Verbraucher\*innen adressiert sein soll. Ein weiterer Faktor im Bereich der Lebensmittelverschwendung ist das Mindesthaltbarkeitsdatum. Ein großer Teil der Konsument\*innen versteht das MHD falsch. So wandern viele Lebensmittel in den Müll, die noch gut verzehrt werden könnten. Das ist auf der einen Seite herausgeworfenes Geld und auf der anderen Seite auch ökologisch problematisch. Wesentliche Mengen an Lebensmitteln werden produziert, verarbeitet, verpackt, transportiert und gelagert - und dann vernichtet. Eine Ressourcenverschwendung, die wir uns nicht mehr leisten können.

„Seit Monaten sorgen steigende Preise bei Energie sowie Lebensmitteln und die aktuelle Inflationsrate von mehr als 7 Prozent für tiefe Sorgenfalten bei vielen Menschen. Gleichzeitig erreichen uns immer neue Meldungen von Rekordpreisen an Getreidebörsen, die dazu führen, dass bis zu einer Milliarde Menschen hungert. Auf der anderen Seite landen weltweit etwa 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel auf dem Müll. Allein in Deutschland sind das jährlich etwa 12 bis 18 Millionen Tonnen Lebensmittel. Bei 54,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittelverbrauch ist dies fast ein Drittel. Dabei wären fast 10 Millionen Tonnen dieser Abfälle vermeidbar. Das heißt: Pro Sekunde landen unnötigerweise 313 Kilo genießbare Lebensmittel im Müll. In privaten Haushalten werden durchschnittlich pro Kopf und Jahr mehr als 75 Kilogramm Lebensmittel weggeworfen, mehr als die Hälfte des Gesamtaufkommens“, sagte die für Verbraucher\*innenschutz zuständige Abgeordnete Kerstin Eisenreich.

Im Einzelhandel seien es 4 Prozent aller Abfälle, etwa 500.000 Tonnen. Es gäbe aber auch Zahlen vom WWF, die im Handel insgesamt von fast 2,6 Millionen Tonnen ausgehen, wobei davon 90 Prozent vermeidbar wären. Ein verdorbenes Stück Obst fliegt in den Müll, angestoßenes Gemüse wird aussortiert. Warenregale werden immer voll aufgefllt - vermeintlich, weil die Kund\*innen dies so wollen. Die nicht verkaufte Ware landet dann häufig im Abfall. „Immerhin finden sich Supermärkte und auch Einzelhändler\*innen, die Teile dieser unverkauften Waren als Spenden an soziale Einrichtungen weitergeben - aber nur auf freiwilliger Basis. Und diese Spenden gegen aktuell stark zurück. Frankreich und Tschechien haben sich für eine gesetzliche Regelung

entschieden und verpflichten Lebensmittelmärkte ab einer bestimmten Größe zur Weitergabe an soziale Einrichtungen.“

„Die Tafeln sind nicht nur mit einem viel größeren Ansturm von bedürftigen Menschen konfrontiert, sondern die Kosten sind längst aus dem Ruder gelaufen, sodass die Tafeln längst in finanzielle Not geraten. Hier sehen wir das Land in Verantwortung und wollen daher, dass sie kurzfristig unterstützt werden. Noch immer wird das sogenannte Containern strafrechtlich verfolgt, obwohl sich auch mehr als 80 Prozent der Menschen dafür ausspricht, das Retten noch genießbarer Lebensmittel aus der Mülltonne zu erlauben. Neben den auf der Bundesebene notwendigen und in unserem Antrag geforderten Maßnahmen, benötigen wir dringend als Land eine eigene Strategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen, die alle Akteure vom Acker bis zum Teller einbindet und konkrete Vorschläge, Maßnahmen und Unterstützungsformen erarbeitet. Andere Bundesländer sind da schon ein ganzes Stück weiter.“

Der Antrag der Linksfraktion wurde abgelehnt und ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen angenommen, der diese Probleme nicht im Ansatz aufgreift.

## #Bildung

### Schulgeldfreiheit für Erziehungs- und Pflegeberufe

Sachsen-Anhalt hat bundesweit den schlechtesten Personalschlüssel in den Kitas. Diese Personalengpässe wurden durch die Pandemie verschärft. Da Mitte 2022 die Bundeszuweisungen zur Übernahme der Schulgelder für die unter § 18f Schulgesetz genannten Ausbildungsberufe auslaufen, wird eine alleinige Finanzierung durch das Land notwendig. Die vorliegende Änderung des Schulgesetzes stellt die gesetzlichen Voraussetzungen zur Übernahme des Schulgeldes durch das Land für angehende Erzieher\*innen, Kinderpfleger\*innen und Sozialassistent\*innen her und schafft damit sowohl Sicherheit für die Auszubildenden sowie die Berufsfachschulen und Fachschulen in freier Trägerschaft.

„Um zukünftige Fachkräfte zu unterstützen und die Aufnahme eines Erzieher\*innen-Berufs attraktiver zu gestalten, erhalten Berufsfachschulen und Fachschulen in freier Trägerschaft derzeit auf Antrag eine Förderung zur Erstattung des Schulgeldes. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Gute-Kita-Gesetzes und ist zunächst bis zum 31. Juli 2022 befristet“, sagte die ausbildungspolitische Sprecherin Monika Hohmann.

„Ich verstehe nicht, warum die Koalition nochmals eine Zeitbegrenzung in ihrem Gesetzentwurf zur Befristung der Schulgeldfreiheit aufgenommen hat. Die Fraktion DIE LINKE lehnt eine erneute Befristung ab, weil wir der Meinung sind, dass dies ein falsches Signal für die Schüler\*innen ist, die ein Interesse an diesem Beruf haben. Heute diskutieren wir über einen Baustein zur Fachkräftegewinnung bei Erzieher\*innen, aber wir haben bei Weitem noch nicht alles ausgeschöpft. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als wir vor drei Jahren über die duale Berufsausbildung in diesem Bereich gesprochen haben. Die Landesregierung sollte sich auch im Bund dafür einsetzen. Leider bis heute ist nichts davon zu hören.

Wenn wir es ernst meinen, dass wir eine Entlastung der Erzieher\*innen möchten, etwa bei der Verbesserung des Personalschlüssels, die weitere Einbeziehung von Krankheits- und Urlaubstagen und von Vor- und Nachbereitungszeiten, müssen wir den interessierten zukünftigen Fachkräften ein vernünftiges Angebot unterbreiten. Und das kann nicht heißen: Bringt erst einmal Geld mit, um eine Ausbildung zu absolvieren.“

Der Gesetzentwurf wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

## #Arbeitszeit

### Ausgleich für Feiertage an Wochenenden

Im Grundgesetz steht, dass der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt bleiben. Entfallene Feiertage bedeuten eine Ausdehnung der jährlichen Arbeitszeit. Arbeitnehmer\*innen haben einen freien Tag weniger, Arbeitgeber\*innen einen zusätzlichen Tag, an dem Werte geschaffen werden. Der Anstieg an psychischen und physischen Belastungen im Arbeitsleben muss als Alarmzeichen für den Arbeitsschutz wahrgenommen werden. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE kann die Kompensation der datumsfesten Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, ein Baustein hin zu einer besseren Work-Life-Balance und einem besseren Arbeitsschutz sein.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann begründete den Antrag der Linksfraktion damit, dass zwar in verschiedenen Jahren die Anzahl verlorener Feiertage unterschiedlich sei, dennoch aber Beschäftigte an einem oder drei oder sogar an fünf Tagen um wesentliche Effekte der Feiertagsruhe geprellt werden. Das sei ein gravierendes Defizit in unseren Feiertagsregelungen. „Feiertage erfüllen im Rhythmus von Arbeit und individueller Freizeit mehrfache Funktionen. Sie tragen als geschützte arbeitsfreie

Ruhezeit zusätzlich zu den arbeitsfreien Tagen an Wochenenden und dem Urlaub in erheblichem Maß zur Stressreduzierung, zum Wohlbefinden und zur Reproduktion der Arbeitskraft der Beschäftigten bei. Sie stärken dabei sowohl das kulturelle Leben als auch den sozialen Zusammenhalt. Die kollektive Unterbrechung der intensiv genutzten Arbeitszeit dient der Erholung und schafft Räume für die Pflege religiöser Traditionen, sozialer Netzwerke und familiärer Bindungen.“

„Fallen die datumsfesten Feiertage auf ein Wochenende, dann gibt es in Deutschland, anders als in anderen Mitgliedsländern der EU und in vielen Drittstaaten, bislang keine Regelung, die grundgesetzlich geschützte Arbeitsruhe zusätzlich zu den freien Tagen des Wochenendes nachzuholen. Solche Kompensationsregelungen für Feiertage, wie wir sie mit unserem Antrag fordern gibt es in vielen unserer Nachbarländer also z. B. in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Polen aber auch in Italien, Spanien, Großbritannien, Irland, oder in Japan, Singapur und Australien.“

„Zwei Jahre Pandemie haben zu langen Einschränkungen für die Gestaltung individueller Freizeit, zu Arbeitsverdichtung und zu zusätzlichen Belastungen geführt, gerade für Familien. Deshalb wäre genau jetzt der richtige Zeitpunkt, den Feiertagsausgleich auf den Weg zu bringen.“ Wir fordern daher die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene für eine einheitliche Ausgleichsregelung einzusetzen, bzw., wenn dies nicht gelingt, eine entsprechende landesgesetzliche Regelung zu schaffen. Der Antrag wurde abgelehnt.

## + + kurz berichtet + +

Wahl eines Vizepräsidenten der AfD scheitert erneut Die Fraktion der AfD unternahm einen weiteren Anlauf, einen ihrer Abgeordneten zu Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Zum zweiten Mal schlug sie Hagen Kohl vor, der bereits im Oktober 2021 in zwei Wahlgängen gescheitert war. Auch dieses Mal erreichte er nicht die notwendige einfache Mehrheit. Allerdings gab es für seine Nominierung mehr Ja-Stimmen, als die AfD Abgeordnete hat. Anders als im Bundestag agieren die demokratischen Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt nicht konsequent einheitlich bei der Ablehnung.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 31. Mai 2022 Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Mai 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.